

Blitzumfrage der PNZ zu den Sanktionen im Zusammenhang mit der QFR-RL ab 2027 – Auswertung der Ergebnisse

Hinweis: Zur Wahrung der Vertraulichkeit der teilnehmenden Perinatalzentren werden keine standortbezogenen oder einrichtungsbezogenen Auswertungen veröffentlicht. Sämtliche Ergebnisse werden ausschließlich aggregiert dargestellt.

Die Umfrage macht deutlich, dass die Probleme **nicht nur einzelne Einrichtungen betreffen**, sondern ein strukturelles Problem darstellen. Selbst bei erheblicher Anstrengung können viele Perinatalzentren die ab 2027 geltenden Personalvorgaben voraussichtlich nicht vollständig erfüllen. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass die Einhaltung der Vorgaben zu **Bettenschließungen und einer Einschränkung der Versorgung** in vielen Regionen führt.

Wichtig: Die Umfrage ist keine Vollerhebung. Die Ergebnisse beziehen sich auf die teilnehmenden Zentren und daraus abgeleiteten Hochrechnungen.

1. Zusammenfassung der Ergebnisse

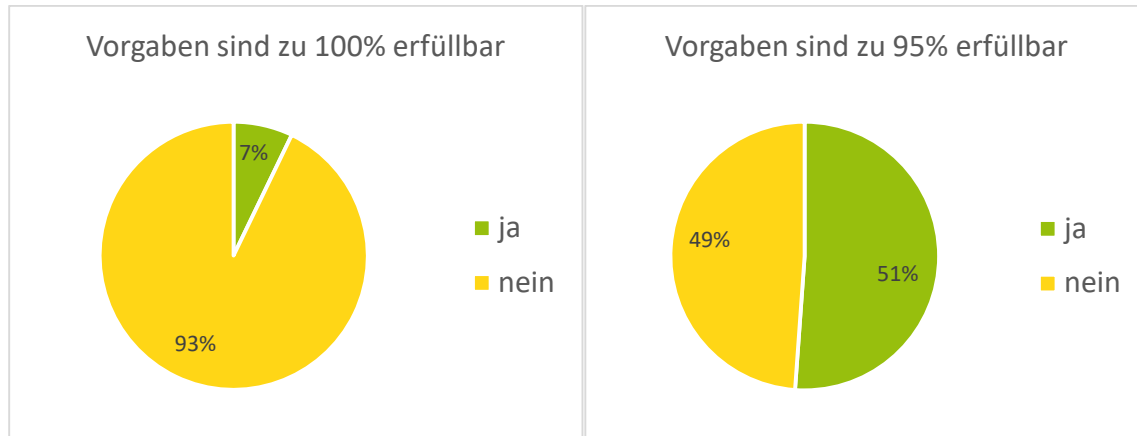
- Die 100 %-Erfüllungsquote ist derzeit praktisch kaum erreichbar.
- Die Nichterfüllung ist vor allem auf den Fachkräfte- und Personalmangel zurückzuführen.
- Sanktionen verschärfen den Personalmangel zusätzlich.
- Bettensperrungen gefährden die Versorgung.
- Die QFR-RL sollte nicht dazu führen, dass Versorgungskapazitäten verloren gehen.
- Die Konfliktbereitschaft ist hoch: 60% der befragten Perinatalzentren gibt an, rechtliche Schritte gegen die Sanktionen in Betracht zu ziehen.

2. Wer hat teilgenommen?

An der Umfrage beteiligten sich 86 Perinatalzentren der Versorgungsstufen Level 1 und 2 aus allen 16 Bundesländern (entspricht einer Rücklaufquote von 43%). Die Teilnahmequote der Level 1 Zentren beträgt 48% und in den Level 2 Zentren 22%. Dabei haben sich sowohl große als auch kleinere Zentren aus städtischen und ländlichen Regionen beteiligt, sodass die Ergebnisse ein breites und differenziertes Bild der aktuellen Versorgungssituation und der Auswirkungen der geplanten Sanktionen vermitteln.

3. Wie viele PNZ können die Vorgaben in 2027 noch erfüllen?

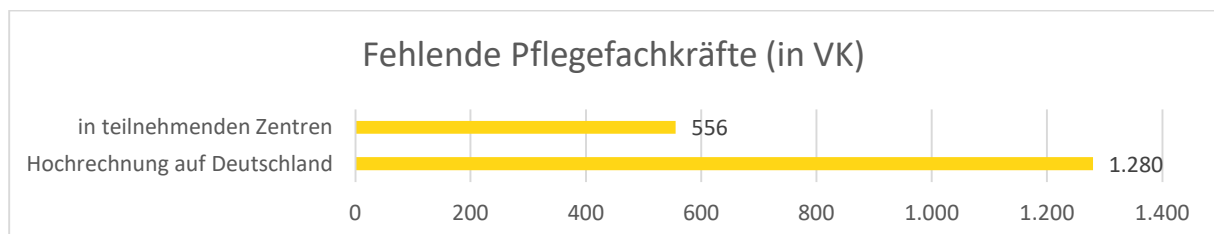
Die 100 %-Vorgabe ist unter den derzeitigen Rahmenbedingungen praktisch kaum erreichbar. Nur 7 % der teilnehmenden Zentren erwarten, die Anforderungen ab 2027 vollständig erfüllen zu können. Die Hälfte der Zentren (51 %) gehen jedoch davon aus, mindestens 95 % der Vorgaben erreichen zu können. Die letzten Prozentpunkte scheitern vor allem am Fachkräftemangel und nicht an mangelnder Bereitschaft oder schlechter Organisation.



4. Was sind die Gründe für die Nichterfüllung?

Der personelle Mehrbedarf ist erheblich. Allein in den teilnehmenden Zentren **fehlen über 500 zusätzliche Pflegevollkräfte**, um die Anforderungen vollständig umzusetzen.

Eine auf Basis der vorliegenden Rückmeldungen vorgenommene Hochrechnung ergibt einen zusätzlichen Bedarf von über 1200 Vollkräften für alle Perinatalzentren in Deutschland:



Es besteht demnach kein Qualitäts-, sondern ein Personalproblem. Die Gründe für die erwartete Unterschreitung der Personalvorgaben sind hauptsächlich:

- Personalmangel (84%)
- Bewerbermangel (63%)
- Kurzfristige Personalausfälle (63%)
- Schwangerschaften/Elternzeit (58%)
- Fehlende Qualifikation des Personals (44%)
- Wirtschaftliche Gründe (8%)

5. Welche Folgen sind zu erwarten?

Die Auswirkungen auf die Versorgung wären gravierend: 72 % der teilnehmenden Zentren erwarten Bettensperrungen auf der neonatologischen Intensivstation, 69 % Verlegungen und 67 % zeitweise Abmeldungen von der Versorgung. Nach Einschätzung der Zentren **müssten fast 20% der Betten gesperrt werden**. Dies würde die Versorgung von Früh- und Neugeborenen unmittelbar einschränken. Die Sanktionen bestrafen ein Problem, dessen wesentliche Ursachen die Zentren selbst nur begrenzt beeinflussen können. 61 der 86 teilnehmenden Zentren erwarten **Vergütungsabschläge bis zu > 1 Mio. €**.

Verteilung der prognostizierten Vergütungsabschläge:

Sanktionsbetrag	Anzahl*
0 €	2
bis 100 T€	11
100–250 T€	20
250–500 T€	18
500 T€ – 1 Mio. €	15
> 1 Mio €	8
Gesamtergebnis	74

* 12 PNZ haben die Größenordnung noch nicht kalkuliert/können diese nicht einschätzen

6. Was sind die nächsten Schritte?

Die GKinD wird die Ergebnisse nun gegenüber dem G-BA adressieren und das Gespräch über eine Anpassung der Richtlinie suchen, um konkrete Lösungsvorschläge zu entwickeln. Wir fordern die Erfüllungsquote auf 90% herabzusetzen und die Sanktionen aufzuheben. Ergänzend werden die rechtlichen Möglichkeiten geprüft und gegebenenfalls weitere politische und öffentliche Schritte eingeleitet. Nehmen Sie dieses Schreiben als Anlass, die Ergebnisse weiterzutragen und den dringenden Handlungsbedarf sichtbar zu machen – denn nur gemeinsam können wir erreichen, dass notwendige Versorgungskapazitäten erhalten bleiben und der Fachkräftemangel nicht durch zusätzliche Sanktionen verschärft wird.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Dr. Bernhard Hoch
Geschäftsführer

GKinD ist Mitglied im

